

---

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Sexuell motivierte Bildaufnahmen: Persönlichkeitsschutz stärken, Strafbarkeitslücken schließen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Bundesratsinitiative der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen „Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes – Strafbarkeitslücken bei sexuell motivierten Bildaufnahmen schließen“ (Drucksache des Bundesrats 26/26) beizutreten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.08.2026 über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zu berichten.

---

### ***Begründung***

Bildbasierte sexualisierte Gewalt nimmt durch die zunehmende Digitalisierung immer weiter zu, da Bilder und Videos heute in Sekunden über soziale Medien verbreitet werden können. Das heimliche Aufnehmen, Bearbeiten und Weiterverbreiten solcher Aufnahmen verletzt die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen massiv und führt häufig zu schweren psychischen Belastungen wie Angst, Depressionen oder Traumafolgen.

Die aktuelle Rechtslage schützt Betroffene nicht ausreichend vor heimlich angefertigten, sexuell motivierten Bild- und Videoaufnahmen, insbesondere in öffentlich zugänglichen Räumen wie Saunen, an Badeseen oder im ÖPNV. Diese Strafbarkeitslücke greift massiv in das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und das Persönlichkeitsrecht ein und betrifft vor allem Frauen und Mädchen.

Ein aktueller Fall aus Leipzig zeigt, dass selbst bei klar übergreifigem Verhalten bislang Strafbarkeitslücken bestehen. Im Sommer 2025 filmte ein Mann in einer öffentlich zugänglichen Sauna mehrere unbedeckte Frauen heimlich mit seinem Mobiltelefon. Das

Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, da eine öffentliche Sauna rechtlich nicht als besonders geschützter Raum gilt und das Filmen daher nicht strafbar war, sodass die Aufnahmen zurückgegeben werden mussten.

Vor diesem Hintergrund haben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Initiative gestartet, um diese Strafbarkeitslücken zu schließen. Ziel ist es, das unbefugte und gezielte Anfertigen sexualisierter Bildaufnahmen endlich klar unter Strafe zu stellen und so den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung und des Rechts am eigenen Bild wirksam zu verbessern.

Berlin, den 13. März 2026

Jarasch      Graf      Haghanipour  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen